

► Kampf gegen Steuerhinterziehung

## Schweiz und Singapur machen mit beim automatischen Informationsaustausch

| Die Schweiz und Singapur haben sich dem geplanten automatischen Informationsaustausch unter Ländern im Kampf gegen Steuerbetrug angeschlossen. Beide Länder unterzeichneten Anfang Mai in Paris den entsprechenden OECD-Standard – ein radikaler Bruch ihrer bisherigen Politik. |

Die 34 Mitglieder der OECD sowie weitere 13 Staaten verpflichten sich nunmehr, künftig automatisch Informationen in Steuerangelegenheiten auszutauschen. Dazu müssen die Länder einen von der OECD entwickelten neuen globalen Standard zum Informationsaustausch umsetzen, dem die Finanzminister der führenden Wirtschaftsnationen (G20) im Februar bereits zugestimmt hatten. Der Druck auf die Schweiz kam zuerst aus den USA. Die haben bereits ein Abkommen mit den Eidgenossen geschlossen, wonach die Banken die amerikanische Regierung über Kunden aus den USA informieren müssen. Mit Singapur und Luxemburg ziehen zwei weitere wichtige Finanzplätze mit.

**Hinweis** | Wie der automatische Informationsaustausch rechtlich genau ausgestaltet wird, ist noch offen. Die technischen Voraussetzungen für den Austausch müssen noch geschaffen werden. Es wird erwartet, dass es erstmals 2017 zur Übermittlung relevanter Daten kommt.

► Unternehmensteuern

## Die Konkurrenz schläft nicht

| Soll der Standort Deutschland wettbewerbsfähig bleiben, muss die Bundesregierung bei den Unternehmensteuern vielleicht schon bald handeln. Darauf verweist eine jetzt veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (s. auch IW Köln, Pressemitteilung vom 14.5.14). |

Durch die Unternehmensteuerreform im Jahr 2008 sank die Körperschaftsteuer in Deutschland von 25 auf 15 %; zusammen mit der Gewerbesteuer beträgt die tarifliche Belastung der Gewinne heute noch 30,6 %. Damit liegt Deutschland international gesehen im oberen Mittelfeld auf Platz sieben hinter den USA (45,4 %), Japan (38,5 %), Frankreich (36,1 %), Belgien (34 %), Portugal (31,5 %) und Italien (31,4 %). Allerdings gibt es auch wichtige Wettbewerber, die ihren Unternehmen nicht so tief in die Tasche greifen, wie Großbritannien (26 %) oder die Niederlande (25 %).

Die Bundesrepublik ist damit zwar kein Niedrigsteuerland. International tätige Unternehmen werden bei ihrer Standortwahl aber auch nicht massiv abgeschreckt, fasst die Studie zusammen. Trotzdem könnte in Deutschland über kurz oder lang eine Tarifsenkung notwendig werden: Frankreich hat angekündigt, den Körperschaftsteuersatz bis 2020 auf 28 % zu senken und gleichzeitig Zusatzbelastungen für die Firmen abzuschaffen. Spanien will sogar auf 20 % runtergehen.

**Hinweis** | Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des IW Köln.

Beteiligung  
zahlreicher Staaten

Umsetzung erst für  
die kommenden  
Jahre geplant

Deutschland im  
oberen Mittelfeld

Muss Deutschland  
nachziehen, um  
Standortnachteile zu  
vermeiden?